

Anti-Gender-Diskurse – vom ›gesunden Menschenverstand‹ zur ›Politik mit der Angst‹

Stefanie Mayer

1. Ausgangspunkte

Die Bedeutung von heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit und patriarchalen Geschlechterverhältnissen sowie von vergeschlechtlichten Sprachbildern, Diskursen und Symbolen für den weltweiten Aufstieg autoritär-populistischer, rechter und rechtsextremer Parteien, Bewegungen und Politiker*innen wurde in den letzten Jahren in der (sozialwissenschaftlichen) Geschlechterforschung breit aufgegriffen.¹ In diesem Rahmen werden eine Reihe von auf den ersten Blick widersprüchlichen, tatsächlich aber eng miteinander verschränkten Phänomenen diskutiert: Rassistische Abwehr und ethnisierter Ausschluss legitimieren sich heute nicht zuletzt durch die Instrumentalisierung (sexualisierter) Übergriffe bzw. von Sexismus und Homophobie seitens migrantischer *Anderer*, wodurch im Umkehrschluss europäische Gesellschaften als im Hinblick auf Geschlechterverhältnisse und Sexualitäten gleichberechtigt und liberal konstruiert werden (Dietze 2019; Hark/Villa 2017). In weiterer Folge dient die vermeintlich bereits erreichte Emanzipation auch der Abwehr aktueller feministischer Forderungen – damit entpuppen sich die rassistisch aufgeladene Betonung von Frauenrechten und die neue Virulenz antifeministischer, homo- und transphober Positionen in rechter Propaganda als zwei Seiten ein und derselben Medaille (Fassin 2020; Graff/Kapur/Walters 2019; Hennig 2018; McEwen 2018). Der neue Antifeminismus fokussiert auf die Abwehr des Begriffs Gender und der damit verbundenen De-Naturalisierung und Ent-Essentialisierung von Geschlecht als – seines eigentlichen Sinns weitestgehend entleertes – Symbol für die Ablehnung gesellschaftlicher Liberalisierungstendenzen insgesamt (Sauer 2017). Der vorliegende Beitrag fragt

1 Vgl. u.v.a. die Sammelbände: Dietze/Roth 2020; Köttig/Bitzan/Pető 2017; Kuhar/Paternotte 2017; sowie die Sondernummern der Zeitschriften *Signs* 44 (3), 2019; *European Journal on Politics and Gender* 1 (3), 2018; *Politics and Governance* 6 (3), 2018; *Patterns of Prejudice* 49 (1-2), 2015. Mit Fokus auf den deutschsprachigen Raum siehe FIPU 2019; Hark/Villa 2015; sowie *Feministische Studien* 36 (2), 2018; *Femina Politica* 27 (1), 2018.

nach diskursimmanenten Gründen für die stark gestiegene Bedeutung von Anti-Gender-Diskursen für rechtspopulistische Strategien in den letzten zehn bis 15 Jahren. Warum wurde diese spezifische Artikulation antifeministischer, anti-queerer und homophober Positionen, die noch zur Jahrtausendwende kaum über fundamentalistisch-katholische Kreise hinaus bekannt war, zu einem zentralen Kampffeld rechter, autoritärer und rechtsextremer politischer Akteur*innen?

Empirisch basieren meine Überlegungen auf Analysen von publizierten und öffentlich zugänglichen Texten österreichischer Autor*innen und Gruppierungen²; die transnationale Vernetzung im aktuellen Antifeminismus³ führt allerdings dazu, dass global sehr ähnliche diskursive Muster bedient werden. Konzeptuell bilden Analysen der Bildung neuer rechter politisch-religiöser Allianzen im Rahmen von Anti-Gender-Mobilisierungen den Ausgangspunkt meiner Überlegungen. Anja Henning (2018) hat in diesem Zusammenhang besonders auf verbindende Ideologie-Elemente hingewiesen, darunter die Essentialisierung von Zweigeschlechtlichkeit und patriarchalen Geschlechterverhältnissen sowie von heteronormativen Sexualitätsregimen. Auf dieser Basis gebildete assoziative Ketten erlauben unterschiedliche thematische Anknüpfungspunkte für verschiedene Akteur*innen mit ihren je partikularen Anliegen. Gender lässt sich in diesem Sinn in Anlehnung an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (Laclau/Mouffe 2014) als »leerer Signifikant« verstehen, der ein fast unbegrenztes »Wuchern« von Anti-Gender-Diskursen in thematischer Hinsicht erlaubt (Mayer/Sauer 2017). Dieser neue Antifeminismus bietet sich aber auch als »Scharnierdiskurs« (Lang 2015) in einem übertragenen Sinn an. Er erlaubt nicht nur ein gemeinsames Agieren von ideologisch unterschiedlich positionierten Akteur*innen, sondern bildet auch ein »Scharnier«, das Alltagswissen und Alltagserfahrungen, den sogenannten »gesunden Menschenverstand«, mit Elementen rechter und rechtsextremer Ideologien verschränkt.

2 Für eine Übersicht über das analysierte Material und methodische Erläuterungen der durchgeführten Critical Frame Analysis siehe Mayer/Sauer 2017. Die damalige Analyse von Argumentationsmustern wurden seither erweitert und verstärkt auf das Verständnis rechter und rechtsextremer Diskurse bezogen (Mayer/Ajanovic/Sauer 2020; Mayer/Goetz 2019).

3 Manche Autor*innen verwenden den Begriff »Antigenderismus« (etwa Hark/Villa 2015: 7), um die neuartige Fixierung auf den Begriff Gender, die diese Diskurse auszeichnet, zu erfassen. Mit der Bezeichnung Antifeminismus sollen demgegenüber die Kontinuitäten der Abwehr von Emanzipationsbestrebungen mit Bezug auf Geschlecht und/oder Sexualität hervorgehoben werden. Zudem vermeidet diese Begrifflichkeit es, den antifeministischen Kampfbegriff »Genderismus« als Bezeichnung aktueller Feminismen zu bestätigen (siehe ausführlicher Mayer/Goetz 2019: 210ff.).

2. Antifeminismus als rechtspopulistischer Diskurs

Mit Sebastian Reinfeldt verstehe ich Rechtspopulismus als spezifische politische Strategie, die »eine politische Formation mit Teilen der Bevölkerung verbindet« (Reinfeldt 2000: 46). Rechtspopulismus ist damit weder eine ausgeprägte politische Ideologie, noch ein bloßer politischer Stil, sondern vielmehr ein spezifisches Weltbild, das Politik – themenunabhängig – in Freund-Feind-Schemata erfasst (vgl. dazu auch Cas Mudde's Definition von Rechtspopulismus als »dünner Ideologie«; Mudde 2004, 544 im Anschluss an Freeden 1998). Diese Schemata können mit unterschiedlichen ideologischen Versatzstücken gefüllt werden, weisen aber besondere Affinität zu rechtsextremen Ideologien und deren manichäischen Weltbildern auf, während sie pluralistischen Vorstellungen schon auf struktureller Ebene widersprechen.

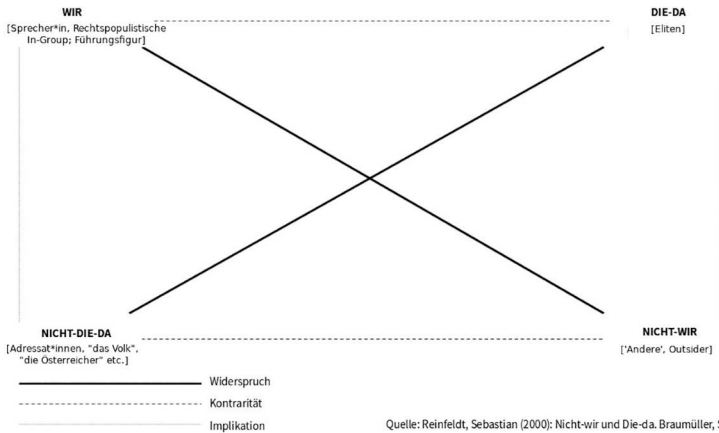
Veranschaulichen lässt sich die rechtspopulistische Dynamik in Form eines Vierecks (siehe Grafik 1). Auf der linken Seite stehen dabei das rechtspopulistische »Wir« (die In-Group, also die rechtspopulistische Führungsperson, die jeweilige Gruppierung und ihre Anhänger*innenschaft) sowie die Adressat*innen des Diskurses, also jene Teile der Bevölkerung, zu denen eine Verbindung hergestellt werden soll; neben dem ›Volk‹ des traditionellen Rechtspopulismus, lassen sich hier auch andere Adressierungen (z.B. als ›echte Österreicher‹ oder ›unsere Familien‹) kategorisieren. Wesentlich ist: Die Verbindung, die Rechtspopulist*innen zu ihren Adressat*innen reklamieren, ist keine repräsentative Beziehung, keine Vertretung spezifischer Interessen, sondern eine identitäre, die die Einheit von Volk und Führung proklamiert.⁴ Reinfeldt (2000: 132ff) bezeichnet diese diskursiv konstruierte Position der Adressat*innen als »Nicht-Die-Da« – in scharfem Kontrast zu den »Die-Da«, die (auf der oberen rechten Seite des Vierecks) die Position der vermeintlichen oder tatsächlichen Eliten markieren. Diese Eliten arbeiten in der rechtspopulistischen Vorstellungswelt unmittelbar gegen die Interessen des ›Volkes‹ und vertreten stattdessen jene der »Nicht-Wir« – jener *Anderen*, die als unmittelbare Konkurrenz und Bedrohung der Adressat*innen wahrgenommen werden. Eliten und *Anderere* werden ebenso unmittelbar und identitär verbunden wie umgekehrt die rechtspopulistische Führungsfigur mit dem von ihr vertretenen Volk.⁵ Die ›Be-

4 Beispielhaft auf den Punkt gebracht wurde dies in zwei Wahlkampflogos der FPÖ. Bei der Nationalratswahl 1994 wurde der damalige Parteichef Jörg Haider mit dem Satz »Er sagt, was wir denken« (www.demokratiezentrum.org/index.php?id=25&index=1201 vom 7.8.2020) plakatiert und im Wiener Wahlkampf 2005 Heinz-Christian Strache mit »Er sagt, was Wien denkt« (www.demokratiezentrum.org/index.php?id=173 vom 7.8.2020).

5 Vgl. etwa den FPÖ-Slogan »Sie sind gegen ihn, weil er für Euch ist«. Ursprünglich für Haider's Wahlkampf 1994 entwickelt, wurde er 2008 von Strache in leicht modifizierter Form »Sie sind gegen IHN. Weil ER für EUCH ist« verwendet (Redaktion derstandard.at 2008).

setzung« der vier Positionen, die konkreten Anrufungen und Feindbilder, variieren je nach Thema und Kontext, doch die Diskursstruktur bleibt unberührt.

Grafik 1



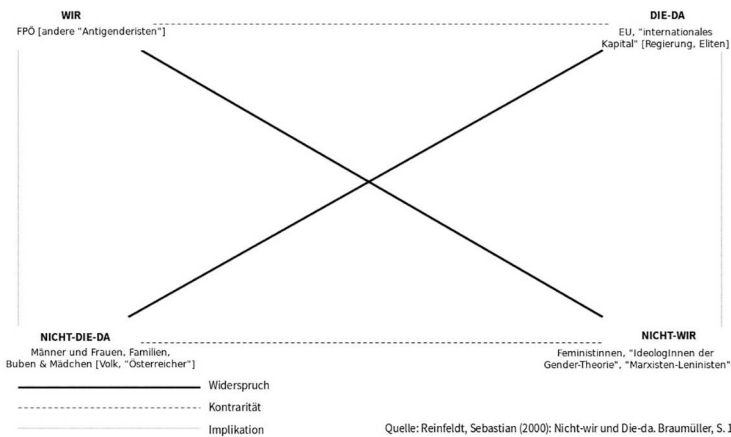
2.1 ›Wir‹ und ›die Anderen‹ – zur Struktur antifeministischer Diskurse

Wie wird diese grundlegende Struktur rechtspopulistischer Diskurse nun in Anti-Gender-Diskursen gefüllt? Beispielhaft lässt sich das am vom FPÖ-Bildungsinstitut herausgegebenen *Handbuch freiheitlicher Politik* (2013)⁶ zeigen. Im Kapitel »Gleichberechtigung statt ideologischer Geschlechtsumwandlung« wird gleich im ersten Satz die Position des ›Wir‹ geklärt: »Die Einführung von ›Gender Mainstreaming‹ als Leitprinzip von Politik und Gesellschaft wird von uns Freiheitlichen abgelehnt.« (FPÖ Bildungsinstitut 2013: 135) In den folgenden Sätzen zeigt sich, wer ›Die-Da‹ sind: die EU mit dem Vertrag von Amsterdam, die dafür verantwortlich ist, dass »›Gender Mainstreaming‹ [...] im ›Top-Down-Prinzip‹ durchgepeitscht werden« soll (ebd.). Ziel sei dabei nicht etwa die Gleichstellung der Geschlechter, sondern »schlussendlich die Zerstörung der Identitäten – sowohl in gesamtgesellschaftlicher, kultureller Hinsicht als auch auf individuell-geschlechtlicher Ebene« (ebd.: 136). Folglich sind auch die Zerstörung der Familie und des heterosexuellen

6 Das als *Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger* konzipierte Handbuch befindet sich nach Angaben der FPÖ derzeit in Überarbeitung. Die Publikation ist allerdings mit Stand 23.6.2020 nach wie vor online abrufbar.

Zusammenlebens Ziele von Gender Mainstreaming. Konkretisiert werde dieses Bedrohungsszenario in geschlechtssensibler Kindergartenpädagogik, die nicht nur Mädchen zu kämpferischem Verhalten animieren, sondern – schlimmer – Buben das spielerische Einnehmen weiblicher Rollen erlauben solle. Die Rolle der ›Nicht-Wir‹ übernehmen im vorliegenden Fall zunächst »IdeologInnen« der Gender-Theorie«, die behaupten, »dass man zu Mann und Frau erst gemacht wird« (ebd.: 135). Weiter heißt es, sie seien die ideologischen Nachfahr*innen der »Marxisten-Leninisten«, die sich ebenfalls die Schaffung des »Neuen Menschen« [...] auf die Fahnen geheftet hatten« (ebd.: 136). Damit nicht genug, hat sich diese linke Ideologie auch noch mit dem »ausschließlich am Profit orientierten globalen Kapitalismus verbündet« (ebd.: 136).⁷ Veranschaulichen lassen sich die hier beispielhaft herausgearbeiteten diskursiv konstruierten Positionen anhand des oben diskutierten rechtspopulistischen Vierecks (Grafik 2).

Grafik 2



Die rechtspopulistische Diskursstruktur erfüllt zumindest drei wesentliche Funktionen: *Erstens* erlaubt sie die schon angesprochene Konstruktion eines identitär verstandenen Vertretungsanspruchs gegenüber dem angesprochenen

7 Die Ähnlichkeit zu antisemitischen Verschwörungsmythen, in denen Juden und Jüdinnen sowohl als Drahtzieher*innen des Kommunismus wie auch als Profiteur*innen des Kapitalismus imaginiert werden, sind hier deutlich erkennbar. Für eine fundierte Auseinandersetzung mit Überlagerungen, Ähnlichkeiten und Differenzen zwischen Antisemitismus und Sexismus, die eine einfache Gleichsetzung verbieten, siehe Stögnier 2014.

Kollektiv. Versprochen wird nicht die Vertretung bestimmter Interessen, sondern eine (Re-)Kreation der Welt, in der ›Die-Da‹ verschwunden und die ›Nicht-Wir‹ dementsprechend machtlos sind, sodass Sprecher*innen und Adressat*innen eine (wieder) stabile Welt bewohnen, die Eindeutigkeit und Gewissheit nicht zuletzt in Bezug auf Geschlechterverhältnisse, Sexualität und familiäre Beziehungen verspricht. In diesem Sinne fungiert der Kampf gegen Gender als »symbolic glue« (Kováts/Pöim 2015), der Teile der Bevölkerung mit rechten (partei-)politischen Formationen zusammenschweißt.

Zweitens erreicht die Verdoppelung des Feindbildes eine existentielle Dramatisierung jedes beliebigen Themas, da alltägliche (reale oder fiktive) Konkurrenzsituationen, Verunsicherungen oder Bedrohungen stets (auch) auf die böse Absicht der Eliten zurückzuführen sind. So erklärt sich die Nähe zum verschwörungsmythischen Denken. Die Kopplung von Eliten und *Anderen* in der Feindbildkonstruktion schafft übermächtige Gegner*innen und legitimiert so die eigene Aggression und den Angriff auf Minderheiten. Paradigmatisch lässt sich diese Umkehr von Machtverhältnissen am Beispiel der Ablehnung von Gesetzen gegen Diskriminierung aufzeigen. So hält etwa die europäische Vernetzung *Agenda Europa* (für Informationen zu diesem Netzwerk siehe Datta 2018) in einem umfassenden Strategiepapier mit Bezug auf Frauenquoten in Aufsichtsräten fest:

»Rather than eliminating discrimination, ›anti-discrimination laws‹ institutionalize it [...]. Policies such as gender quotas are revelatory of the fact that ›anti-discrimination‹ [...] does the exact opposite of what it pretends to do, it undercuts personal and economic freedom, and it uses benign rhetoric to conceal a truly totalitarian outlook on society.« (Agenda Europe 2018: 104)

Schon das Verbot von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung gilt aus antifeministischer Perspektive als tatsächliche Benachteiligung. Wenn etwa Vermieter*innen sich nicht weigern dürfen, an gleichgeschlechtliche Paare zu vermieten, entspreche dies einer Einschränkung der Glaubensfreiheit. Die Freiheit, *Andere* zu diskriminieren, wird so zu einem zu schützenden Recht (ebd.: 103ff).

Drittens lässt das doppelte Feindbild große Flexibilität zu und erlaubt Strategien »kalkulierter Ambivalenz« (Engel/Wodak 2013), also bewusster Doppeldeutigkeit, die unterschiedliche Personen(-gruppen) ansprechen und damit die innere Inhomogenität der Adressat*innen verschleiern sowie gegen Kritik immunisieren sollen. Beispielhaft lässt sich hier nochmals auf den Anti-Anti-Diskriminierungsdiskurs von *Agenda Europa* verweisen. Wiewohl hier der Diskriminierung von LGBTIQ+-Personen das Wort geredet wird, richtet sich die explizit geäußerte Kritik gegen die nationale und supranationale Gesetzgebung und lässt sich so bei Bedarf als bloße Meinungsäußerung im Rahmen demokratischer Prozesse darstellen.

Mit Reinfeldts Perspektive wird schon durch den Blick auf die Struktur von Anti-Gender-Diskursen die zentrale Rolle von Affekten und assoziativen Koppelungen sichtbar. Dies wird nochmals deutlicher, wenn wir uns einigen ausgewählten inhaltlichen Mustern zuwenden.

2.2 Basale Gemeinsamkeiten – die Naturalisierung des Sozialen

Als zentrale gemeinsame inhaltliche Grundlage des neuen Antifeminismus, die religiöse und politische Akteur*innen verbindet, lässt sich die Essentialisierung von Geschlechterverhältnissen und Sexualitäten verstehen, die als ›natürliche‹, ›biologische‹, daher schlicht so-seiende Tatsachen verstanden werden (Hennig 2018). Verstehen lässt sich diese inhaltliche Konvergenz zum einen aus einer Tendenz zur Säkularisierung ursprünglich religiöser Begründungszusammenhänge (Paternotte 2015), in denen ›natürliche‹ und ›göttliche Ordnung‹ gleichbedeutend als Chiffre für eine unhinterfragbare, in diesem Sinne ›selbstverständliche‹, ahistorische soziale Ordnung eingesetzt werden. Unterstützt wird dies auf pragmatischer Ebene durch die Tendenz religiöser Akteur*innen in säkularen Gesellschaften auf die Kraft der ›Natur‹ als breitenwirksame Legitimationsquelle zu setzen (Kuhar 2015). Diese Tendenz trifft in antifeministischen Allianzen auf die Naturalisierung sozialer Verhältnisse und insbesondere sozialer Ungleichheit als Basisideologie des Rechtsextremismus (Schiedel 2007). Geschlecht erweist sich hier insofern als *besonders*, als dass im Unterschied zu z.B. offen biologistischen Rassismen die Behauptung eines biologisch determinierten Geschlechterdualismus auf breite Zustimmung trifft. Als Beispiel lässt sich eine Behauptung der Organisation *Kirche in Not* anführen: »Die Naturwissenschaften ziehen aus ihren Forschungsergebnissen eine Schlussfolgerung, die sich mit dem christlichen Menschenbild deckt; Mann und Frau ergänzen einander.« (Kirche in Not 2016) Auch über den Kreis religiöser und politischer Akteur*innen hinaus knüpft diese heteronormative Essentialisierung von Geschlecht an Alltagserfahrungen und Alltagswissen der Adressat*innen des Diskurses an, an den ›gesunden Menschenverstand‹, dem die Einteilung der Menschheit in ›Männer‹ und ›Frauen‹ ganz selbstverständlich und damit verbundene Anrufungen und Anforderungen ›nur natürlich‹ erscheinen. Dieses direkte Anknüpfen an den ›common sense‹ gilt als zentraler Bestandteil rechtspopulistischer Kommunikationsstrategien (Geden 2006: 21; Mudde 2010: 1175). Das genannte Beispiel verweist zudem auf weitere zentrale antifeministische Topoi, wie etwa die Intellektuellen- und Theoriefeindlichkeit, die sich nicht zuletzt in den häufigen Angriffen auf die Gender Studies zeigt.

Bei einem näheren Blick erweisen sich mehrere Facetten des Begriffs ›Natur‹ als relevant. Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität werden durch rhetorische

Bezüge auf die Naturwissenschaften – allen voran die Biologie⁸ – nicht nur als unumstößliche Tatsachen positioniert, sondern auch normativ aufgeladen. Aufbauend auf der Dichotomie von menschengemachter ›Kultur‹ und außerhalb menschlichen Einflusses angesiedelter ›Natur‹ werden patriarchale Geschlechterverhältnisse und heteronormative, auf Fortpflanzung ausgerichtete Sexualität zu ahistorischen, schlicht gegebenen Größen. Die hetero-patriarchale Familie als Lebensform wird zur einzig ›natürlichen‹ und damit zur einzig normativ akzeptablen Lebensweise. Die ›Natur‹ lässt so soziale Verhältnisse als überzeitliche, unveränderliche Tatsachen erscheinen, die aber *gleichzeitig* mit Rückgriff auf die oben beschriebene doppelte Feindbildkonstruktion als in höchstem Maß bedroht erscheinen. Eliten und mit diesen verbündete Feminist*innen, LGBTIQ+-Personen u.a. negieren das Unhinterfragbare, verstoßen gegen die ›natürliche Ordnung‹ und stellen damit den Legitimationszusammenhang ›Natur‹ selbst, also die Begründung gesellschaftlicher (Macht-)Verhältnisse durch außergesellschaftliche ›Tatsachen‹ insgesamt, in Frage. Hier liegt einer der Gründe für die Unversöhnlichkeit und Aggressivität, mit der antifeministische Positionen vertreten werden: Die Verteidigung der *einen* normativ richtigen Lebensweise lässt keinen Raum für Kompromisse. Die Abweichung darf nicht existieren, weil sie per definitionem nicht existieren kann. Deutlich wird diese normative Aufladung des Natur-Begriffs nicht zuletzt in der diskursiven Konstruktion der *Anderen*, also all jener, die von der hetero-patriarchalen Lebens- und Familienform abweichen. Ihre Leben erscheinen als »un-« oder »widernatürlich«, als Fehler, die im besten Fall in die gesellschaftliche Unsichtbarkeit gedrängt, im schlechteren Fall ausgemerzt werden sollen. Als Beispiel kann nochmals die bereits zitierte Broschüre von *Kirche in Not* angeführt werden. Der Begriff Homophobie wird hier als Erfindung der »Genderisten« gebrandmarkt, die diesen »gerne als Totschlag-Argument gegen Andersdenkende ein[setzen], die praktizierte Homosexualität nicht als natürliche Form menschlicher Geschlechtlichkeit anerkennen« (Kirche in Not 2016). Neben der normativen Kraft der ›Natur‹ zeigt das Zitat auch die Strategie der Opfer-Täter*innen-Umkehr, die den Wunsch nach Negation homosexuellen Begehrens rhetorisch als Abwehr eines »Totschlag-Arguments« verbrämt.

2.3 Politik mit der Angst – von der Familie zum Volk

Im aktuellen Antifeminismus spielt der diskursive Knotenpunkt ›Familie‹ eine entscheidende Rolle. Ob die angeblich durch Gender Mainstreaming-Strategien angestrebte »Schaffung des geschlechtslosen Menschen« (so etwa der Untertitel von Ro-

8 Den tatsächlichen Erkenntnissen biologischer Forschung in Bezug auf die Vielgestaltigkeit der Geschlechter wird diese simplifizierende Sicht selbstverständlich in keiner Weise gerecht (vgl. Ainsworth 2015; Voß 2010).

senkranz 2008), sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung von Frauen (so fordert etwa *Agenda Europa* nicht nur ein Totalverbot von Abtreibungen, sondern auch von Verhütungsmitteln aller Art, *Agenda Europe* 2018: 55ff), das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare oder die (im Sinne völliger Verfügungsgewalt über Kinder und deren Erziehung gedachte) Elternrechte bedrohende Sexualpädagogik der Vielfalt (Initiative wertvolle Sexualerziehung o.J.) – in allen Fällen läuft die Argumentation auf eine schwerwiegende Bedrohung ›natürlicher‹ Familien hinaus. Im Sinne der oben erläuterten Legitimation qua ›Natur‹ gilt jede Infragestellung der normativen ›Selbstverständlichkeit‹ hetero-patriarchaler Verhältnisse als *einzig* legitimer Familienform als Angriff.

An den ›common sense‹ kann dabei in mehrfacher Hinsicht angeknüpft werden: *Erstens* an weit verbreitete Vorstellungen von Elternschaft und insbesondere an das Idealbild der Frau als Mutter, mit dem nicht zuletzt hierarchische Arrangements geschlechtlicher Arbeitsteilung naturalisiert werden. Stark gemacht wird dies etwa von der prominenten deutschen Antifeministin Birgit Kelle, die schon mit dem Titel ihres bislang jüngsten Buches *Muttertier. Eine Ansage* (Kelle 2017) auf den biologisch-essentialistischen Hintergrund dieser Familienbilder verweist. Wie auch einige andere Autor*innen vollzieht Kelle eine spezifische, ›frauenfreundliche‹ Wendung antifeministischer Argumentationsmuster, in der die (Wieder-)Herstellung heteronormativer und patriarchaler Geschlechterverhältnisse als Politik für Frauen präsentiert wird. Als Beispiel kann hier ein Entschließungsantrag der FPÖ dienen, in dem Birgit Kelle ausführlich zitiert wird:

»Am meisten verliert die ganz normale Heterofrau in diesem Spiel. Also die Mehrheit der Frauen. [...] Die Mutter, die ihre Kinder noch selbst groß zieht. Die Frau in Teilzeit mit zwei Kindern, die kaum eine Rente bekommen wird. Die Alleinerziehende, die sich mehr schlecht als recht durchs Leben schlägt und in der gleichen Altersarmut landen wird wie ihre verheiratete Geschlechtsgenossin mit vier Kindern. Die große Mehrheit der Frauen hat rein gar nichts von all dem Zirkus, der doch angeblich zur Emanzipation der Frau durch Gender Mainstreaming veranstaltet wird« (Kelle 2015 zit.n. FPÖ 2016).

Ein Selbstverständnis und Lebenskonzept, das sich rund um Mutterschaft entfaltet, stellt hier die unabdingbare Eintrittskarte zur (angeblichen) »Mehrheit« der »ganz normale[n] Heterofrau[en]« (FPÖ 2016) dar. Der Rest des Textes beschäftigt sich ausschließlich mit der als »Gender-Wahn« bezeichneten Einführung geschlechtergerechter Sprache in verschiedenen Bereichen, wodurch deutlich wird, dass die Sorge um die gesellschaftliche Position von Müttern – deren Benachteiligung ja ohne Zweifel ein wichtiges Problem für Gleichstellungspolitik darstellt – nicht den Ausschlag für diese parlamentarische Initiative zum Weltfrauentag gab.

Zweitens stellt die ›natürliche‹, hetero-patriarchale Familie einen Sehnsuchtsort dar, der Sicherheit, Geborgenheit und unbedingte Akzeptanz verspricht. Die

Familie wird damit diskursiv als scharfer Gegensatz zur Verunsicherung durch geschlechtliche und sexuelle Diversität konstruiert, die ihrerseits mit dem Begriff Gender verbunden und in den Figuren des gleichgeschlechtlichen Paares, der kinderlosen ›Karrierefrau‹ oder der nicht durch Blutsverwandtschaft verbundenen Patchwork-Familie konkretisiert wird (Wimbauer/Motakef/Teschlade 2015). Hier zeigt sich besonders deutlich, dass im rechtspopulistischen Verständnis des politischen Feldes als Raum von stets entweder antagonistischen oder identitären Beziehungen, die Konstruktion des ›Wir‹ und der eigenen Bezugsgruppe immer sowohl durch Identifikation wie auch durch die Abgrenzung gegenüber und Ausgrenzung von *Anderen* vermittelt wird.

Drittens (und eng mit diesen Grenzziehungen verbunden) lassen sich schließlich – wie im obigen Zitat bereits angedeutet – auch Erfahrungen mit aus Betreuungspflichten resultierenden finanziellen und sozialen Nachteilen mobilisieren, die assoziativ der angeblichen Bevorzugung *Anderer* (kinderloser Frauen, gleichgeschlechtlicher Eltern etc.) gegenübergestellt werden. Im Sinne des rechtspopulistischen Vierecks wird damit der Antagonismus radikalisiert: Nicht nur sind die *Anderen* und ihre Lebensformen per se weniger wertvoll als die ›natürliche‹ Familie, sie werden außerdem von den Eliten bevorzugt und gefördert, wodurch sie zur Gefahr werden. Damit schließt sich der assoziative Kreis zur Konstruktion der essenziellen Bedrohung ›natürlicher‹ Geschlechter- und Familienverhältnisse.

Erst diese Analyse der diskursiv konstruierten Beziehungen macht verständlich, warum etwa die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare im Eherecht als unmittelbare Bedrohung heterosexueller Ehen verstanden wird. Schon die Infragestellung der vermeintlich ›natürlichen‹ und daher unhinterfragbaren Überlegenheit und Privilegierung heterosexueller Beziehungen durch Gleichstellung der abgewerteten *Anderen* erscheint als Zerstörung. Hier wird das Spannungsverhältnis in der Konstruktion des ›Natürlichen‹ zwischen angeblich überzeitlichem, schlicht gegebenem Sein einerseits und prekärer, nur durch (u. a. rechtliche) Privilegierung aufrechtzuerhaltender Existenz andererseits besonders sichtbar.

Darüber hinaus spielt die ›Familie‹ für die Allianzbildung zwischen religiösen und politischen Akteur*innen eine wichtige Rolle, weil der Begriff als Scharnier zwischen unterschiedlichen ideologischen Registern dient: Er verkörpert die vermeintlich christliche Idee der Komplementarität von Mann und Frau und ist als moralischer Wert *an sich* und als Basis gesellschaftlicher Ordnung in konservativen Ideologien fest verankert. Die ›Familie‹ dient aber ebenso als Bezugspunkt rechts-extremer völkischer Bevölkerungspolitik. Hier ist sie nicht als soziale Einheit *für sich*, sondern als Ort der biologischen und kulturellen Reproduktion des als ethnisch homogen imaginierten ›Volkes‹ von Bedeutung (Mayer/Ajanovic/Sauer 2020; Mayer/Goetz 2019). Diese unterschiedlichen ideologischen Ladungen des Begriffs lassen sich als ein Beispiel für Strategien »kalkulierter Ambivalenz« (Engel/Wodak 2013) verstehen. Sprecher*innen und Adressat*innen antifeministischer Diskurse

betten die Sorge um die Familie in je eigene Vorstellungen ein, die jedoch nicht ausgeführt werden müssen – ja, deren Explikation sogar Allianzen gefährden könnte. Die vermeintliche Sorge um die ›natürliche‹ Familie wird so zum Vehikel, mit dem ein breit geteilter ›common sense‹ affektiv aufgeladen, politisch ausgerichtet und mit zentralen Ideologemen rechtsextremer völkischer Politik⁹ verbunden werden kann. Sie ist damit zentrale Trägerin der rechtsextremen »Politik mit der Angst« (Wodak 2015), die antifeministische und rassistische Ideologien verklammert.

3. Antifeminismus und der Aufstieg der (extremen) Rechten

Zentrales Thema der rechten und rechtsextremen Angstmake ist bereits seit den 1990er-Jahren das Schüren von Angst vor und Hass auf Migrant*innen bzw. auf die als Verantwortliche der Migrationsbewegung identifizierten Eliten. Rassistische Diskurse generell, besonders aber anti-muslimischer Rassismus und die Abwehr von Flüchtlingen nach 2015, sind in hohem Maß vergeschlechtlicht. Die angebliche Bedrohung ›unserer‹ Frauen durch den als hypermaskulin imaginierten, ethnisierten, muslimischen Mann ist dabei ein zentrales Element, das zur Konstruktion ›unserer‹ Kultur als emanzipiert und gleichberechtigt in Abgrenzung zum als prämodern, nicht-aufgeklärt, sexistisch, homophob und patriarchal imaginierten Islam beiträgt (Dietze 2019; Hark/Villa 2017). Was auf den ersten Blick wie ein Widerspruch zu den oben dargestellten Anti-Gender-Diskursen aussieht, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Verschränkung antifeministischer und rassistischer Elemente.

Zum einen dient die Selbstkonstruktion als Gesellschaft, in der Gleichberechtigung und Emanzipation bereits verwirklicht seien, nicht zuletzt der Abwehr feministischer bzw. gleichstellungsorientierter Forderungen. Gerade weil Gleichberechtigung rhetorisch anerkannt und als bereits erfüllt in die Vergangenheit verschoben wird, lassen sich aktuelle Forderungen als anachronistisch und übertrieben abwehren bzw. als Teil einer »Gender-Ideologie« brandmarken.

Zum anderen werden feministische Errungenschaften zu einem wesentlichen Grund für die aktuelle Bedrohung durch migrantische Andere: Die »Verweiblichung der Gesellschaft«, die Dekonstruktion ›echter‹ kämpferischer Männlichkeit (vgl. Reichel 2015) und die durch die Zerstörung der Familie ausgelöste »demographische Bedrohung« (Rosenkranz 2008: 11ff) seien dafür verantwortlich, dass eu-

9 Die Bezeichnung »völkische Politik« bezieht sich auf die Konstruktion des ›Volks‹ als in sich homogener und nach außen abgegrenzter, biologischer Entität, die im Zentrum des rechtsextremen politischen Denkens steht. Aus dieser zentralen Bestimmung lassen sich weitere Bestimmungen des Rechtsextremismus – etwa die Privilegierung der Gemeinschaft über das Individuum oder die aggressive Homogenisierung nach innen und Abgrenzung nach außen ableiten.

ropäische Gesellschaften sich einer bevorstehenden feindlichen Übernahme durch Muslime gegenübersehen (vgl. Zeitz 2015). Feminismus und Gleichstellungspolitiken spielen in dieser Vorstellung einem machthungrigen Islam in die Hände, da sie – demographisch wie kulturell – das Ende der autochthonen Bevölkerung bedeuten. Im Rahmen des rechtspopulistischen strategischen Vierecks sind die beiden Bedrohungsszenarien zudem durch das Feindbild der Eliten verkoppelt, die angeblich sowohl die Migration steuern wie auch die »Gender-Ideologie« befeuern würden. So findet eine Verzahnung zweier zentraler rechter Diskursstränge statt, die sich zu einer umfassenden Dekadenz-, Verfalls- und Untergangserzählung verschränken.

Rechtspopulistische Artikulationen des Antifeminismus, mit ihren vielfältigen Anknüpfungspunkten an den ›common sense‹ einerseits und an rechtskonservative und religiöse Positionen andererseits, erlauben so die Transmission zentraler rechtsextremer Ideologiefragmente – allen voran völkischer Bevölkerungspolitik – in modernisierter Form. Antifeminismus dient zudem sowohl in der Herstellung der rechtspopulistischen identitären Beziehung zwischen antifeministischen Sprecher*innen und ihren Adressat*innen wie auch in der Bildung von Allianzen in konservative und religiöse Milieus als ›Scharnier‹ und ist damit sowohl inhaltlich als auch strategisch ein zentrales Werkzeug für den Aufstieg rechter und rechtsextremer Politik.

Literatur

- Ainsworth, Claire (2015): »Sex redefined«, in: *Nature* 518, S. 288-291.
- Datta, Neil (2018): *Restoring the Natural Order. The religious extremists' vision to mobilize European societies against human rights on sexuality and reproduction*, Brussels: EPF, online unter: https://www.epfweb.org/sites/default/files/2020-05/rtno_epf_book_lores.pdf (vom 7.8.2020).
- Dietze, Gabriele (2019): *Sexueller Exzeptionalismus. Überlegenheitsnarrative in Migrationsabwehr und Rechtspopulismus*, Bielefeld: transcript.
- Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Hg.) (2020): *Right-wing populism and Gender. European perspectives and beyond*, Bielefeld: transcript.
- Engel, Jakob/Wodak, Ruth (2013): »Calculated Ambivalence« and Holocaust Denial in Austria«, in: Wodak, Ruth/Richardson, John (Hg.), *Analysing Fascist Discourse. European Fascism in Talk and Text*, New York: Routledge, S. 73-96.
- Fassin, Éric (2020): »Anti-Gender Campaigns, Populism, and Neoliberalism in Europe and Latin America«, in: *LASA Forum* 51 (2), S. 67-71.
- FIPU (Hg.) (2019): *Rechtsextremismus. Band 3: Geschlechterreflektierte Perspektiven*, Wien: Mandelbaum.

- Geden, Oliver (2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung, Wiesbaden: VS Verlag.
- Graff, Agnieszka/Kapur, Ratna/Walters, Suzanna Danuta (2019): »Introduction: Gender and the Rise of the Global Right«, in: *Signs – Journal of Women in Culture and Society* 44 (3), S. 541-60.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.) (2015): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld: transcript.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2017): Unterscheiden und herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart, Bielefeld: transcript.
- Hennig, Anja (2018): »Political Genderphobia in Europe: Accounting for Right-Wing Political-Religious Alliances against Gender-Sensitive Education Reforms since 2012«, in: *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 2 (2), S. 193-219.
- Köttig, Michaela/Bitzan, Renate/Pető, Andrea (Hg.) (2017): Gender and Far Right Politics in Europe, Cham: Palgrave Macmillan.
- Kováts, Eszter/Pöim, Maari (Hg.) (2015): Gender as Symbolic Glue. The Position and Role of Conservative and Far Right Parties in the Anti-Gender Mobilization in Europe, online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/11382.pdf> (vom 9.6.2020).
- Kuhar, Roman (2015): »Playing with Science: Sexual Citizenship and the Roman Catholic Church Counter-Narratives in Slovenia and Croatia«, in: *Women's Studies International Forum* 49, S. 84-92.
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.) (2017): Anti-Gender Campaigns in Europe: Mobilizing against Equality, London/New York: Rowman & Littlefield.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2014): Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics, London: Verso.
- Lang, Juliane (2015): »Familienpopulismus und Antifeminismus als Kitt zwischen extremer Rechter und ›Mitte der Gesellschaft‹«, in: Dokumentation des Kongresses »Respekt statt Ressentiment. Strategien gegen Homo- und Transphobie«, Berlin: Amadeu Antonio-Stiftung und LsVD, online unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/kongressdoku/lsvd_2015_beitrag_von_juliane_lang.pdf (vom 29.6.2020).
- Mayer, Stefanie/Ajanovic, Edma/Sauer, Birgit (2020): »Man, Woman, Family. Gender and the Limited Modernization of Right-Wing Extremism in Austria«, in: Dietze/Roth (Hg.), *Right-Wing Populism and Gender*, S. 101-116.
- Mayer, Stefanie/Goetz, Judith (2019): »Mit Gott und Natur gegen geschlechterpolitischen Wandel. Ideologie und Rhetoriken des rechten Antifeminismus«, in: FIPU, *Rechtsextremismus*, S. 205-247.

- Mayer, Stefanie/Sauer, Birgit (2017): »Gender Ideology« in Austria: Coalitions around an empty signifier«, in: Kuhar/Paternotte (Hg.), *Anti-Gender Campaigns in Europe*, S. 23-40.
- McEwen, Haley (2018): »Weaponising Rhetorics of ›Family‹: The Mobilisation of pro-Family Politics in Africa«, in: *African Journal of Rhetoric* 10 (1), S. 142-178.
- Mudde, Cas (2004): »The Populist Zeitgeist«, in: *Government and Opposition* 39 (4), S. 541-563.
- Mudde, Cas (2010): »The Populist Radical Right: A Pathological Normalcy«, in: *West European Politics* 33 (6), S. 1167-1186.
- Paternotte, David (2015): »Blessing the Crowds Catholic Mobilisations against Gender in Europe«, in: Hark/Villa, *Anti-Genderismus*, S. 129-148.
- Reinfeldt, Sebastian (2000): *Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus*, Wien: Braumüller.
- Sauer, Birgit (2017): »Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 58 (1), S. 3-22.
- Schiedel, Heribert (2007): *Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft*, Wien: Edition Steinbauer.
- Stögnner, Karin (2014): *Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen*, Baden-Baden: Nomos.
- Voß, Heinz-Jürgen (2010): *Making Sex Revisited. Dekonstruktion des Geschlechts aus biologisch-medizinischer Perspektive*, Bielefeld: transcript.
- Wimbauer, Christine/Motakef, Mona/Teschlade, Julia (2015): »Prekäre Selbstverständlichkeiten. Neun prekarisierungstheoretische Thesen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung«, in: Hark/Villa (Hg.), *Anti-Genderismus*, S. 41-58.
- Wodak, Ruth (2015): *The Politics of Fear. What Right-Wing Populist Discourses Mean*. Thousand Oaks/London et al.: Sage.

Analysierte Quellen

- Agenda Europe (2018): *Restoring the Natural Order. An Agenda for Europe*, online unter: <https://agendaeurope.wordpress.com/restoring-the-natural-order/> (vom 29.6.2020).
- www.demokratiezentrum.org/index.php?id=173 (vom 7.8.2020).
- www.demokratiezentrum.org/index.php?id=25&index=1201 (vom 7.8.2020).
- Redaktion derstandard.at (2008): »FPÖ plakatiert Haider-Wahlspruch aus 1994«, in: *derstandard.at* vom 6.8.2008, online unter: <https://www.derstandard.at/story/1216918644904/fpoe-plakatiert-haider-wahlspruch-aus-1994> (vom 7.8.2020).

- FPÖ (2016): »Entschließungsantrag der Abgeordneten Carmen Schimanek und weiterer Abgeordneter betreffend Stopp dem ›Genderwahn!‹«, online unter: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/A/A_01587/imfname_514872.pdf (vom 29.6.2020).
- FPÖ Bildungsinstitut (2013): Handbuch freiheitlicher Politik. Ein Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger der Freiheitlichen Partei Österreichs, online unter: https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/Handbuch_freiheitlicher_Politik_WEB.pdf (vom 29.6.2020).
- Initiative wertvolle Sexualerziehung (o.J.): »Negative Auswirkungen der staatlichen Sexualerziehung«, online unter: www.sexualerziehung.at/negative-auswirkungen-der-staatlichen-sexualerziehung/ (vom 25.6.2020).
- Kelle, Birgit (2017): Muttertier. Eine Ansage, Basel: Fontis – Brunnen.
- Kirche in Not (2016): »Gender-Ideologie. Ein Leitfaden«, online unter: <https://poschenker.wordpress.com/2016/06/15/kirche-in-not-gender-ideologie-ein-leitfaden/> (vom 7.8.2020).
- Reichel, Werner (2015): »Der Genderismus und seine Opfer«, in: Christian Günter/Werner Reichel (Hg.), Genderismus(s). Der Masterplan für die geschlechtslose Gesellschaft, o.O.: Frank&Frei, S. 99-128.
- Rosenkranz, Barbara (2008): MenschInnen: Gender Mainstreaming – Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen, Graz: Ares.
- Zeitz, Christian (2015): »Conchita, Islam und die Homosexualisierung der Gesellschaft«, online unter: <https://www.andreas-unterberger.at/2015/06/conchita-islam-und-die-homosexualisierung-der-gesellschaft/> (vom 29.6.2020).

